

## Liebe Genossinnen und Genossen,



auch wenn es das Wetter nicht vermuten lässt, steht Ostern vor der Tür. Die Parlamente habe sitzungsfreie Zeit und trotzdem geht der politische Alltag weiter. Bei der Kreispartei sind

wir bei den Vorbereitungen zur Kommunalwahl. Das Programm ist beschlossen und die Kandidat\_innen sind benannt. Doch nun geht es im Hintergrund weiter. Die Kandidatenflyer müssen erarbeitet, das Programm gedruckt und der Wahlkampf koordiniert werden.

Parallel dazu bereiten wir unseren ordentlichen Kreisparteitag am 20.4.2013 in Grömitz vor. Leider musste unsere Bildungsministerin terminbedingt absagen. Aber ich bin dabei, gleichwertigen Ersatz nach Grömitz einzuladen. Der komplette Vorstand wird wieder neu gewählt. Viele bisherige Vorstandsmitglieder treten wieder an, einige hören auf. Jede, die und jeder, der Interesse hat im Kreisvorstand mitzuarbeiten, meldet sich bitte in der Kreisgeschäftsstelle.

Ich wünsche euch frohe Ostertage und eine gute Zeit. ■

Euer

Lars Winter, MdL  
Kreisvorsitzender

## Symposium in Lensahn Ausbau der 380-KV-Trasse?

Am 6. März fand in Lensahn ein Symposium zum Ausbau der 380-KV-Trasse statt. Eingeladen haben die Windmüller von Fehmarn und Großenbrode. Die Schleswig-Holstein Netz AG und TenneT stellten die Referenten, Ehrengast war Ingrid Nestle, Staatssekretärin aus dem Energiewendeministerium. Mit dem Symposium wollten die Windmüller die Notwendigkeit einer 380-KV-Trasse durch Ostholstein unterstreichen.

Bereits im Vorfeld haben Bettina Hagedorn (MdB) und ich dazu aufgerufen, dass zunächst die seit zwölf Jahren geforderte 110-KV-Leitung als Erdverkabelung gebaut werden müsste, damit es in Zukunft nicht zu Stromabschaltungen kommt. Nach Auskunft aus dem Energiewendeministerium gab es in den ersten neun Monaten des letzten Jahres 84 Windkraftabschaltungen. Die Abschaltungen waren nicht lang, sie lagen immer im Minutenbereich. Mit dem geplanten Repowering und der Erweiterung der Windeignungsflächen wird zukünftig mehr Strom in Ostholstein produziert. Da sind weitere und dann erheblichere Abschaltungen vorprogrammiert. Da eine neue 110-KV-Trasse, die unterirdisch verlegt werden würde, nur ganz geringen Bürgerwiderstand zur Folge hätte, könnte die Leitung in zwei bis

drei Jahren hergestellt und einsatzbereit sein. Gerade rechtzeitig, wenn die neuen Windparks ans Netz gehen und das Repowering abgeschlossen ist.

Eine 380-KV-Trasse würde viel länger auf sich warten lassen. Aus dem Netzentwicklungsplan 2012 ist die Ostseetrasse rausgefallen, da es keine ausreichenden Erkenntnisse über deren Notwendigkeit gibt. Im Netzentwicklungsplan 2013 ist sie aber wieder aufgenommen worden. Die Notwendigkeit wird im Realisierungszeitplan zum Ausdruck gebracht. Man geht davon aus, dass die 380-KV-Trasse 2021 einsatzbereit sein könnte. Wenn jemand dagegen klagt, kann das dauern und bis zur Rücknahme der Bauabsicht führen.

Selbst wenn die 380-KV-Trasse 2021 einsatzbereit wäre, was passiert bis dahin? Auf dem Symposium hat die TenneT erstmals Zahlen vorgelegt, mit welchem Stromaufkommen gerechnet wird. In den Berechnungen sind auch die Flächen enthalten, auf denen Windparks errichtet werden sollen. Demnach ergibt sich für den Nordkreis *keine* Notwendigkeit einer 380-KV-Leitung. Erst bei Lübeck läuft so viel Strom auf, dass 110-KV-Leitungen ihn nicht mehr transportieren könnten.

Die Gemeinden des Amtes Lensahn favorisieren einen anderen Plan. Auf Höhe Guldensteins läuft bereits eine 110-KV-Trasse mit maroden Betonpfählen, die in den nächsten Jahren erneuert werden müssten. Der Vorschlag lautet, dort neue Masten aufzustellen und eine 220KV-Leitung anzuhängen. Der Nordkreis wäre dann mit drei 110-KV-Leitungen sehr gut ausgestattet.

Damit ist aber die Problematik des Südkreises noch nicht gelöst. Die von TenneT vorgestellten Zahlen wollten sie auf Nachfrage nicht herausgeben. Das Ministerium traut den Zahlen nicht und hat eigene Berechnungen angestellt. Sobald ein Ergebnis vorliegt, nehmen wir das Thema wieder auf. ■

Lars Winter, MdL,  
Kreisvorsitzender

**SPD**  
**OV Neustadt**

In Neustadt in Holstein findet  
am Ostersonntag 31. März  
ab 11.00 Uhr

**Ostereiersuchen  
im Kaiserholz  
statt.**

David gegen Goliath

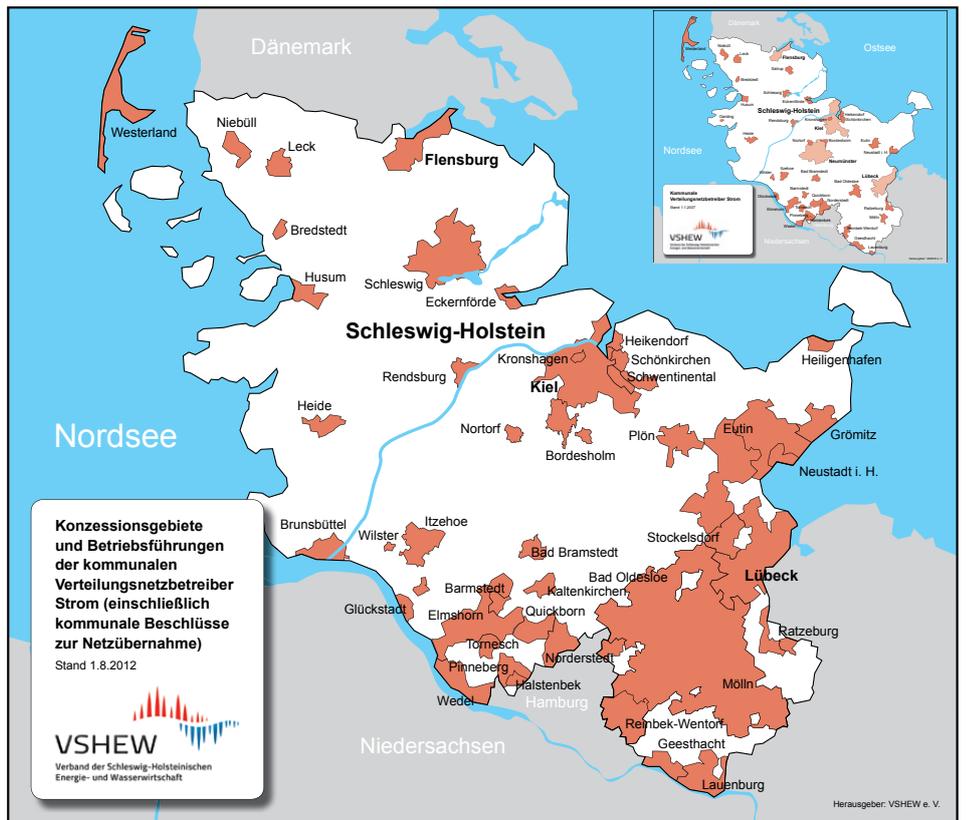
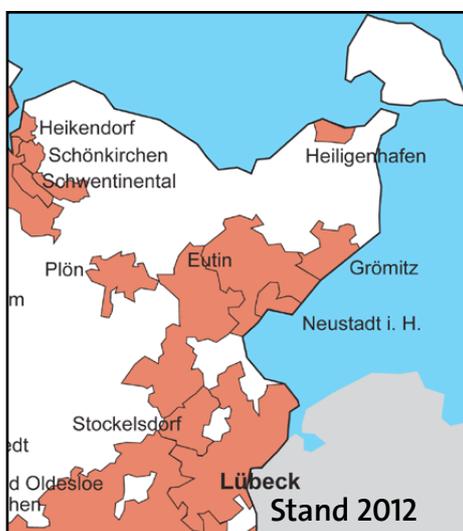
# 120 Kommunen und Stadtwerke wehren sich gegen E.ON!

Seit 2008 haben auslaufende Konzessionsverträge im Strom- und Gasbereich monatlang die Tagesordnungen von Gemeinde- und Stadtvertreetersitzungen bestimmt: Überall haben sich ehrenamtliche Kommunalpolitiker intensiv mit mehreren Bewerbern für die Konzessionen ihrer Netze im Stadt- und Gemeindegebiet beschäftigt und sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Überall war die Schleswig-Holstein-Netz-AG als E.ON-Hanse und Schleswig Nachfolger einer der Bewerber und überall traten regionale Stadtwerke als Konkurrenten an ... und in Ostholstein, Stormarn, Lauenburg und Lübeck haben die Stadtwerkebewerbungen fast überall den Zuschlag erhalten, wie auf dem Kartenausschnitten zu erkennen ist.

Durch diese Vergabeentscheidungen zu Gunsten der kommunal geführten Energiebetriebe wurde E.ONs Machtbereich stark beschnitten, wogegen sich die Schleswig-Holstein-Netz-AG jetzt mit Händen und Füßen, mit juristischen Taschenspielertricks und Totalblockade bei der Übergabe der Netze wehrt. Die Schleswig-Holstein-Netz-AG will weiter ein großes Stück vom

genau deshalb *schmeckt* dieser neue Trend PRO-Stadtwerke natürlich den großen Vier (E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall) ganz und gar nicht und wird von ihnen bundesweit mit allen Mitteln bekämpft. Denn es geht um Macht.

Und so beschäftigt die Schleswig-Holstein-Netz-AG mittlerweile ein ganzes Heer von Juristen, um den Kommunen



*Konzessionsgebiete und Betriebsführungen der kommunalen Verteilungsnetzbetreiber Strom (einschließlich der kommunalen Beschlüsse zur Netzübernahme), Stand 1.8.2012. Oben rechts: Kommunale Verteilungsnetzbetreiber Strom, Stand 1. 1. 2007*

Kuchen und akzeptiert die zahlreichen Neuvergaben an die Stadtwerke nirgendwo – in keiner einzigen Gemeinde sind bis heute die Netze und Anlagen übergeben worden.

Mich freuen die zahlreichen Vergabeentscheidungen zu Gunsten der Stadtwerke, denn diese Stärkung dezentraler, kommunaler Energiebetriebe ist ein wichtiger Baustein zur Abkehr von monopolartigen Strukturen und ein Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Die Rekommunalisierung der Netze ist ein ursozialdemokratisches Anliegen, das langfristig auch den Stromkunden und der ganzen regionalen Wertschöpfungskette dienen wird – und

so viele Stücke wie nur irgend möglich zwischen die Beine zu werfen und die Übertragung der Netze zu verschleppen. Vor Gericht wird natürlich um Geld gestritten. In Schleswig-Holstein geht es bei 120 Kommunen und Stadtwerken, die sich mittlerweile als Bündnis gegen das perfide Vorgehen der Schleswig-Holstein-Netz-AG auf dem Rücken der Stromkunden wehren, um Millionen. Die E.ON-Juristen verhindern bislang, dass ein Musterprozess stellvertretend mit einer Gemeinde geführt wird – das würde natürlich enorme Anwalts- und Gerichtskosten sparen und den Klärungsprozess beschleunigen. Unter dieser Totalblockade leiden auch die ↓

Karten mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers © VSHEW e.V.

*Stadtwerke übernehmen seit 2007 Versorgungsgebiete der E.ON Hanse AG*

Stromkunden, da der alte *Quasi-Monopolist* weiterhin das Netz in Händen behält und teurere Netznutzungsentgelte verlangt als sie die Stadtwerke berechnen würden – mögliche Strompreissenkungen werden so nicht weitergegeben. Die Schleswig-Holstein-Netz-AG provoziert mit diesem skandalösen Vorgehen, dass Verfahrenskosten explodieren und Zeit verschwendet wird auf dem Rücken der Kommunen, der Stromkunden und zu Lasten einer funktionierenden Energiewende – das ist schlicht empörend!

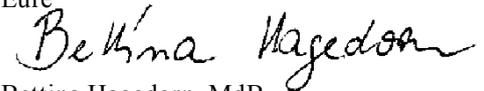
Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche zu diesem heißen Eisen geführt. Startschuss war der Besuch mit Regina Poersch zu Jahresbeginn bei den

Stadtwerken in Eutin, bei dem auch der Landesgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen dabei war. Seitdem ist der Streit mit der Schleswig-Holstein-Netz-AG bei vielen meiner *Rathausgespräche* TOP-Thema, zuletzt im Amt Nordstormarn und in der Gemeinde Süsel. Mittlerweile haben 120 Kommunen das *Bündnis Schleswig-Holsteinischer Gemeinden für Wettbewerb in der Energieversorgung* gegründet und wollen sich wehren – eine gemeinsame Resolution wurde Anfang März verfasst und sollte in den nächsten Wochen in möglichst vielen Gemeindevertreter-sitzungen beschlossen werden!

Stadtwerken und betroffenen Kommu-

nen habe ich zugesagt, für einen Draht nach Berlin zu sorgen – E.ON darf mit dieser Masche nicht durchkommen! Mitte April habe ich ein Fachgespräch mit unserem Sprecher der AG Kommunalpolitik, Bernd Scheelen (dessen Stellvertreterin ich seit 2005 bin), und mit unserem energiepolitischen Sprecher Rolf Hempelmann in Berlin initiiert, zu dem ich alle Vertreter von Stadtwerken oder aus betroffenen Kommunen einlade – David gegen Goliath, gemeinsam sind wir stark! ■

Eure



Bettina Hagedorn, MdB

## Zum Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW im Landtag Für einen starken und ausgewogenen EU-Haushalt

Die Bundeskanzlerin mag am 8. Februar nach dem Abschluss des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs ja erleichtert gewesen sein. Mit dem gefundenen Kompromiss können die Staats- und Regierungschefs bestimmt leben. Aber kann auch Europa damit leben?

Allein, dass es Kritik aus allen politischen Richtungen des Europäischen Parlaments gibt, lässt aufhorchen.

Und diese Kritik ist berechtigt. Denn es geht nicht nur um nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft Europas. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat nicht nur einige Staaten Europas so hart getroffen, dass sie finanzielle Hilfe aus Europa in Anspruch nehmen müssen. Die Krise kann auch zu einer Krise der europäischen Institutionen und der europäischen Idee werden, wenn die vielen jungen Menschen in Europa keine Perspektive mehr haben, weil Europa nicht in Wachstum und Beschäftigung investiert, sondern sich selbst kaputt spart.

Diese jungen Menschen werden dann eine verlorene Generation für Europa sein. Wer trägt den europäischen Gedanken, wenn nicht Europas Jugend. Und wie sollen sie das Vertrauen in Europa noch aufrecht erhalten, wenn sie keine Perspektive für sich selbst sehen?

Die Antwort auf Europas Krise muss deshalb sein, Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Die Antwort darf nicht sein, Europa die Luft zum Atmen zu nehmen. Die Kommission weiß das. Sie hat im vergangenen Jahr einen guten

Vorschlag eingebracht. Der Ausschuss der Regionen weiß das und hat zu den Auswirkungen auf die Regionen kritisch Stellung genommen. Das Europäische Parlament weiß das und hat den Haushalt in seiner Struktur am 13. März abgelehnt.

Unser Antrag beschreibt das Interesse Schleswig-Holsteins an einem ausgewogenen und tragfähigen EU-Haushalt. Dafür haben wir Lob von unserer S&D-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) bekommen. Denn wir wollen mit unserer Landesregierung auf europäischer Ebene dafür kämpfen, dass der EU-Haushalt ausgewogen sowohl auf Wachstum, Innovation und Beschäftigung als auch auf eine gerechte Kohäsionspolitik, auf nachhaltiges Wachstum und natürliche Ressourcen setzen kann.

Natürlich werden uns die geplanten Kürzungen auch treffen. Die SPD Landtagsfraktion hat schon in der Februartagung betont, dass sich die Kürzungen im EU-Haushalt in Euro und Cent direkt auf Schleswig-Holstein auswirken! Die Rede ist von insgesamt einem Viertel weniger, das wären nur noch insgesamt rund 650 Millionen Euro in den kommenden Jahren für Schleswig-Holstein!

200 Millionen Euro weniger für unsere ländlichen Räume, den Breitbandausbau, für Innovation, Arbeitsmarktprogramme und Maßnahmen, die Jugendliche in Lohn und Brot bringen.

Was aber passiert, wenn heruntergebrochen auf Schleswig-Holstein die Säule Strukturfonds des EU-Haushaltes und da-

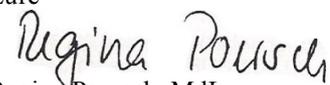
mit zum Beispiel der Europäische Sozialfonds (ESF) eingedampft wird, das lässt sich klar vorhersehen. Jugendliche, die heute noch von Produktionsschulen, Jugendaufbauwerken und dem Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt aufgefangen werden können, die eine Perspektive gegen Mutlosigkeit und das ständige Gefühl des Versagens bekommen, diese Jugendlichen lassen wir fallen, wenn wir nicht die Kraft aufbringen, den ESF auskömmlich auszustatten. Das dürfen wir nicht zulassen.

Der ESF sorgt dafür, dass wir niemanden zurücklassen. Unter anderem DAS ist unsere Vorstellung eines sozialen Europa!

Und obwohl wir befürchten müssen, dass in Sachen Förderfähigkeit von Tourismus und Kultur als eigenständiges Förderziel der Zug möglicherweise abgefahren ist, kämpfen wir gemeinsam mit der Landesregierung dafür, dass die tragende Säule unserer Wirtschaft, der Tourismus, mit EU-Mitteln unterstützt werden kann. Auch hier gilt: Die Förderung touristischer Infrastruktur ist kein Selbstzweck, sondern soll die wirtschaftliche Entwicklung ankurbeln und Impulse für private Investitionen geben.

Und damit hat der EU Haushalt direkt mit uns in Schleswig-Holstein zu tun! ■

Eure



Regina Poersch, MdL

Europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

## SPD-Kreistagsfraktion I

## Jobcenter Ostholstein auf gutem Weg

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich in einem Informationsgespräch mit Herrn Karsten Marzian, dem Geschäftsführer des Jobcenters Ostholstein, ausführlich über die aktuelle Arbeitsmarktsituation in unserem Kreis informiert.

Zunächst war erfreulich festzustellen, dass vermehrt auch vom Jobcenter betreute Arbeitslose wieder in feste Arbeitsverhältnisse gebracht werden können und sich somit der positive Trend der vergangenen drei Jahre fortsetzt. Der Arbeitskräftemangel in Teilbereichen hat sozusagen auch das Jobcenter Ostholstein erreicht. Dieses liegt insbesondere an der wachsenden Konjunktur, was sich auch darin widerspiegelt, dass ausgehend von 52.649 Arbeitsplätzen im Jahre 2000 über den Tiefpunkt von 49.136 im Jahre 2005 in Ostholstein auf 53.596 Arbeitsplätzen im Jahre 2012 für Lohn und Brot gesorgt werden kann. Die sich daraus ergebende private und betriebliche Wertschöpfung bleibt aber leider aufgrund des hohen Dienstleistungsanteils des örtlichen Arbeitsmarkts verbunden mit vielen Teilzeitbeschäftigungen und prekären Arbeitsverhältnissen, weit hinter anderen Regionen zurück. Dokumentiert wird es auch insbesondere dadurch, dass im vergangenen Jahr in Westdeutschland ein durchschnittliches monatliches Bruttoarbeitsentgelt von 2.835 € erzielt wurde, der Betrag in Ostholstein aber um genau 600 € niedriger war.

Eine weitere wesentliche strukturelle Schwäche unseres Arbeitsmarktes ergibt sich aus der relativen Verteilung der Vollzeitarbeitsentgelte in unserer Region. Während in der Bundesrepublik 21 % der Vollerwerbstätigen Einkünfte von über 4.000 € haben, sind es in Ostholstein nur 8,7 %. Genau umgekehrt ist das Verhältnis aber bei Einkünften bis 2.000 € und darunter. Ostholstein gehört damit zu den ausgewiesenen Niedriglohnbereichen im Land. Mit diesen Daten lässt sich auch schlüssig erklären, warum wir zum Jahresbeginn mit 38,5 % sogenannten Aufstockern, die neben dem Erwerbseinkünften noch Hartz IV erhalten müssen, Landesmeister sind, während es in Westdeutschland nur 28,8 % betrifft.

Zurzeit versuchen die Beschäftigten des Jobcenters im Bereich der Arbeits-



Burkhard Klinke und Karsten Marzian vom Job-Center Ostholstein

vermittlung nach 6.293 Personen im Jahre 2005 mit viel Engagement 4.449 Personen zu aktivieren, mobilisieren, qualifizieren und in Arbeit zu vermitteln. Unter diesen Personen sind bei fast gleicher Anzahl von Männern und Frauen rund 40,0 % ohne abgeschlossene Ausbildung. Dabei sind 1.737 Langzeitarbeitslose, 630 Alleinerziehende und 413 Jugendliche unter 25, davon leider 139 auch noch ohne eine Berufsausbildung Zustimmung fand in unserer Fraktion, das man sich im Jobcenter auch mit speziellen Fördermitteln den Zielgruppen Frauen/Alleinerziehende, Jüngere unter 25, Ältere über 50 sowie gesundheitlich Eingeschränkten besonders annehmen wird. Das Vermittlungshemmnis Kindergartenplatz muss die Politik endlich abschaffen!

Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung, nach dem junge Hartz IV-Empfänger bis zum 25. Lebensjahr u. a. Zuschüsse für Schulausflüge, Lernförderung, Mittagsverpflegung in der Schule, Mitgliedsbeiträge, Schülerbeförderung, Schulbedarf und Klassenfahrten erhalten können, erreicht von den rund 3.500 jugendlichen Hartz IV-Empfängern in Ostholstein 2.489 mit mindestens einer Leistung. Dafür wurden im letzten Jahr 599.000 € aufgewendet.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Leistungen in Zukunft mit weniger Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten erbracht werden können.

Hermann Greve: „Die Informationen aus diesem Gespräch bestätigen die Auffassung der SPD, dass eine qualifizierte Ausbildung für alle ein vordringliches Ziel der Politik sein muss. Nur so können wir, verbunden mit gesicherten Einkünften, von denen auch auskömmlich gelebt werden kann, eine weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit erreichen. Jeder muss seine zweite oder dritte Chance erhalten können.“ Den Berufswunsch Hartz IV, von manchen Jugendlichen, deren Familie schon seit längerem in Abhängigkeit von staatlichen Fürsorgeleistungen lebt, sollte es nicht länger geben.

Von den 183 Mitarbeitern des Jobcenters arbeiten 21 mit befristeten Verträgen, dieses ist für dieses Arbeitsumfeld nicht angebracht. Hier wünschen wir uns Änderungen und werden unseren Einfluss geltend machen.

Der SPD Fraktionsvorsitzende Klinke und der Geschäftsführer Marzian sind sich einig, dass im Kreis Ostholstein kein Jugendlicher verloren gehen darf und der intensive Informationsaustausch zwischen SPD Fraktion und Jobcenter regelmäßig fortgeführt wird. ■

Burkhard Klinke  
Fraktionsvorsitzender

Hermann Greve  
Sozialpolitischer Sprecher

## SPD-Kreistagsfraktion II

## Betriebsrat von Scandlines in Eutin

Die Reederei Scandlines in Puttgarden ist ein bedeutender Arbeitgeber in der Region und steht auch wegen der Festen Fehmarnbelt Querung im Fokus der Politik. Regelmäßig treffen sich die Teilfraktionen Planung, Wirtschaft und Tourismus sowie Umwelt, Bau und Verkehr der SPD-Kreistagsfraktion mit dem Betriebsrat des international tätigen Konzerns, um aktuelle Sachstände mitzuteilen und sich sachlich auszutauschen.

Bernd Friedrichs, in seiner neuen Eigenschaft als Gesamtkonzernbetriebsratsvorsitzender war am 7. Februar Gast bei der SPD Kreistagsfraktion, wo er von dem wirtschaftspolitischen Sprecher Heinz-Dieter Steigert und dem umwelt- und verkehrspolitischen Sprecher Hilbert Neumann begrüßt wurde. In seinem Eingangreferat erläuterte Bernd Friedrichs die Situation des Unternehmens nach

dem Verkauf von Schifffahrtslinien im vergangenen Jahr sowie die bestehende Ungewissheit der dauernden Arbeitsplatzsicherung für die nächsten Jahre bei einem geplanten Verkauf der Reederei. Es stünden immerhin 650 Arbeitsplätze in Puttgarden auf dem Prüfstand. Diese gelte es unbedingt in voller Höhe zu erhalten. Immerhin 80 Prozent der Belegschaft habe den Wohnsitz auch im näheren Bereich des Standortes Puttgarden, so dass die umliegenden Gemeinden und die Stadt Fehmarn Nutzen aus den festen Arbeitsverträgen der Mitarbeiter von Scandlines zögen.

Der Belegschaft, der Arbeitnehmervertretung und der Geschäftsführung der Reederei ist sehr daran gelegen, ständiges und etabliertes Mitglied im Dialogforum der Festen Fehmarnbelt Querung zu werden. Friedrichs zeigte sein Unverständnis gegenüber den Mitgliedern des Gremiums,

das bisher eine Aufnahme abgelehnt hatte. Er bat die SPD-Teilfraktionen, ihren politischen Einfluss geltend zu machen, damit die Interessen der Arbeitnehmerschaft von Scandlines im Dialogforum kompetent Berücksichtigung finden mögen. Eine angeregte Diskussion schloss sich an und die Teilfraktionsmitglieder waren sich darin einig, dass sie diesen Wunsch unterstützen werden, so dass dort die Interessen der Mitarbeiter von Scandlines auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Forumsgliedern Berücksichtigung finden.

Der Dialog der SPD-Kreistagsfraktion mit dem Scandlines-Betriebsrat wird selbstverständlich in freundschaftlicher Atmosphäre weiterhin fortgesetzt. ■

Peter Baldus  
SPD Fraktion

## Halbzeit bei den Jusos

## Endspurt zum Kreisparteitag!

Halbzeit im März? So verwirrend es zuerst klingen mag, für uns ist die Hälfte des Juso-Jahres schon wieder vorbei, denn im September steht die nächste Jahreshauptversammlung an. Da wir aus den vergangenen Monaten wieder eine Menge Diskussionsbedarf mitbrachten und nicht zuletzt, da kürzlich einer unserer stellvertretenden Kreisvorsitzenden, Felix Feil, aus persönlichen Gründen zurückgetreten war, entschied sich der Vorstand, eine zusätzliche Mitgliederversammlung einzuberufen.

Deshalb trafen wir uns am 10. März in Neustadt, um nicht nur zahlreiche Anträge zu beraten sondern auch, um für die zweite Hälfte der Amtszeit einen stellvertretenden Vorsitzenden nach zu wählen. Gewählt wurde von den Anwesenden Julian Stange (16) aus Seeretz, SV-Präsident an der Cäsar-Klein-Schule in Ratekau. Julian wird sich in den kommenden Monaten vor allem um einen stärkeren Kontakt zu den Schülervvertretungen im Kreis bemühen, bisher haben wir Jusos hier noch Defizite.

Inhaltlich stand die Vorbereitung des Kreisparteitages am 20. April auf dem Programm. Die Jusos beschlossen insgesamt acht inhaltliche Anträge zu verschied-

densten Themen. Unter anderem wird der Parteitag sich nun mit einer Finanz-Umverteilung zwischen Bund und Ländern, geschlechtergerechten Haushalten, Parteispenden oder den Auswirkungen des Betreuungsgeldes beschäftigen. Wir freuen uns bei allen Themen auf spannende Diskussionen!

Auch die bisherige Beschlusslage zur Einführung einer SPD-Mitgliederversammlung auf Kreisebene wurde noch einmal bestätigt. Seit mittlerweile zwei Jahren setzen wir Jusos uns im SPD-Kreisverband für den großen Wurf, die Einführung von mehr direkter Demokratie, ein. Aus unserer Sicht überwiegen – bei allen Risiken, die auch wir sehen – die Chancen des unmittelbaren Mitgliedervotums in Zeiten ständig sinkender Mitgliederzahlen der SPD. Aber auch für den Fall der Beibehaltung des Delegiertensystems haben wir vorgesorgt und einen weiteren Antrag verabschiedet, der Klarheit in die derzeitigen Abstimmungsprozeduren des Kreisparteitages bringen soll. Unsere Kernforderung dabei ist klar: Delegier-

**Jusos**  **OH**

te der Arbeitsgemeinschaften (und somit auch der Jusos) müssen in ihrem Stimmrecht den Delegierten der Ortsvereine gleich gestellt werden.

Auch personell wurde der Kreisparteitag von uns vorbereitet. Als Juso-Kandidaten für den neu zu wählenden SPD-Kreisvorstand bewerben sich Jan Jensen (Stockelsdorf), Tim Dürbrook (Scharbeutz) und Peter Stark (Neustadt) als Beisitzer, Niclas Dürbrook (Scharbeutz) kandidiert zudem als stellvertretender Kreisvorsitzender. Alle Kandidaten freuen sich auf Rückmeldungen und Einladungen aus den Ortsvereinen um über unsere Ideen für eine (noch bessere) Arbeit im Kreisvorstand zu diskutieren.

Insgesamt war also auch diese Mitgliederversammlung ein schöner Erfolg, gleichwohl wir am Ende auf Grund eines drohenden allgemeinen Fahrverbotes ein wenig aufs Tempo drücken mussten. Spätestens im September hoffen wir dann aber auf eine schneefreie Veranstaltung. ■

## Informationsveranstaltung von AsF und AG60plus Ambulante Pflege



Die VeranstalterInnen Siggi Reuter, Vorsitzender der AG60plus und Swantje Meininghaus, Vorsitzende der AsF Ostholstein

Am Samstag, den 23. März hatte die AsF Ostholstein gemeinsam mit der AG 60 + zum Informationsnachmittag rund um die Ambulante Pflege in das Eutiner Brauhaus geladen.

**Birte Pauls** als pflegepolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion stellte kurz und knackig die Fakten vor:

In Schleswig-Holstein leben heute

- ◆ 2,84 Millionen Menschen, davon sind
- ◆ 19% unter 20 Jahre alt,
- ◆ 59% unter 64 Jahre und
- ◆ 22% über 65 Jahre alt.

Im Jahr 2030 werden in Schleswig-Holstein voraussichtlich

- ◆ 2,7 Millionen Menschen leben, davon sind dann allerdings nur noch
- ◆ 17% unter 20 Jahre alt,
- ◆ 54% unter 64 Jahre und bereits
- ◆ 29% über 65 Jahre, das ist jeder Dritte.

Heute sind in Schleswig-Holstein

- ◆ 80.200 Menschen pflegebedürftig, 2020 werden es
- ◆ 104.000 sein und im Jahr 2030 bereits
- ◆ 123.000.
- ◆ 59% von ihnen leben zuhause und werden ambulant versorgt,
- ◆ 41% werden vollstationär gepflegt.

Warum geht das Thema gerade uns Frauen an? Wir sind die, die pflegen: Viermal mehr Töchter als Söhne pflegen ihre Eltern; selbst Schwiegertöchter pflegen Ihre Schwiegereltern doppelt so häufig wie die

eigenen Söhne. Wir sind aber auch die, die gepflegt werden: Da wir statistisch gesehen ungefähr zehn Jahre älter werden als unsere Ehemänner, haben wir ein höheres Risiko, auf Pflege im Alter angewiesen zu sein. Und wir Frauen stellen die Arbeitskräfte in diesem Bereich: Über 85% der ArbeitnehmerInnen in der Pflege sind Frauen.

**Regina Poersch** erinnerte an die Pflegberatungsstelle, die der Kreis einmal hatte: von 2000 bis 2004 in der Bahnhofstrasse in Eutin. Regina skizzierte gleichzeitig die Aufgaben, die ein unabhängiger Pflegestützpunkt wahrnehmen würde: Beratung und Unterstützung für Betroffene und ihre Angehörigen sowie Hilfe bei der Antragstellung. Auf Basis des Grundsatzes ambulant vor stationär sollen die Betroffenen Unterstützung bekommen, um so lange wie möglich zuhause leben zu können. Vorhandene Strukturen sollten dabei nicht gefährdet, sondern in das regionale Netzwerk integriert werden. Ein Pflegestützpunkt würde ehrenamtliche Arbeit koordinieren, mögliche Beschwerden bündeln und so für Transparenz in der Region sorgen.

**Dr. Martin Schünemann** als Vertreter des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung Nord unterstützte die Forderung nach einem Pflegestützpunkt, der den MDK entlasten würde, da Betroffene und Angehörige hier Orientierung erfahren würden. Er stellte klar, dass seit dem 1. Januar 2009 jeder Mensch ein Recht auf in-

dividuelle Beratung im Pflegefall habe und dass im Gegensatz zu den Krankenkassen die Pflegeversicherung in keinem Wettbewerb stehe. Er würde den Begriff *Pflege-TÜV* für den MDK zwar nicht mögen, aber die Notwendigkeit nach Qualitätssicherung bestehe selbstverständlich. Auch nimmt der MDK die Pflegeeinstufungen vor, die als Eilentscheidungen bereits innerhalb von 24 Stunden, in der Regel jedoch binnen 25 Tagen nach Antragstellung erfolgt.

**Karla Knapmeier** vom Sozialdienst des UKSH in Lübeck beschrieb ihre Aufgaben, die aus drei Bereichen bestehen: dem Sozialdienst, also der klassischen sozialen Arbeit, der Rehabilitationsberatung und der Pflegeüberleitung. Unter Pflegeüberleitung ist der Übergang der akuten Pflegephase in die Ambulante Pflegephase zu verstehen. Im UKSH in Lübeck gibt es einen Pflegestützpunkt mit einem angeschlossenen Informationszentrum, in dem z.B. Demenztrainings, aber auch Kurse in familialer Pflege angeboten werden. Hier verlieren Angehörige die Angst, sich um ihre Angehörigen selbst zu kümmern, indem ihnen Grundlagen der häuslichen Pflege vermittelt werden.

**Christian Pittelkow** als Vertreter eines Ambulanten Pflegedienstes und stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Pflege-netzes östliches Holstein stellte verschiedene Pflegeformen vor: Von der einfachen Grundpflege über die Pflege dementer Patienten bis zur Palliativpflege wird alles ↓



Swantje Meininghaus, AsF, Regina Poersch, verbraucher-schutzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, MdL, Annette Schlichter-Schenck, AsF und Birte Pauls pflegepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, MdL.



Foto © Gisela Teuchert-Benker

Ute Stahl, Gesamtleiterin der Schulen der UKSH Akademie mit Birte Pauls

geleistet. Nicht immer sind die Betroffenen begeistert, wenn Hilfe von außen zugelassen werden muss, aber Empathie und Erfahrung helfen, den Zugang zum Patienten zu finden.

Sein Aufgabenfeld hat sich im Laufe der Jahre erweitert und beinhaltet heute eben auch die Antragstellung und die Einbeziehung der Angehörigen sowie Beratung bei Pflegestufeneingruppierung.

**Heike Steinbach und Ellen Jührs** stellten die Pflegeberatung des Pflegenetzes östliches Holstein vor: 2007 als Zusammenschluss von sieben bis acht Ambulanten Diensten entstanden, gehören ihm heute elf Ambulante Dienste und alle gemeinnützigen Einrichtungen an. Allerdings ist die Finanzierung nur bis Juni 2013 gesi-

chert. Ein zukünftiger Pflegestützpunkt sollte die Erfahrung und die bestehenden Strukturen unbedingt in seine Planungen und Strukturen einbeziehen!

**Ute Stahl** moderierte den Nachmittag lebendig und kompetent. Zwei fiktive Fälle wurden verlesen: Frau Meise, 86 Jahre alt, verwitwet, allein lebend, Tochter als einzige Angehörige mit Familie in Hamburg lebend, an Demenz erkrankt, stellte das erste Beispiel dar – sie wird dauerhaft auf Pflege angewiesen sein.

Welche Aufgaben übernimmt der Sozialdienst, wie kommt die Pflegeeinstufung zustande? Wen kann die Tochter ansprechen und wo findet sie Unterstützung, denn sie kann unmöglich täglich von Hamburg zu ihrer Mutter fahren, um diese zu versorgen.

Das zweite Beispiel stellt das Ehepaar Finke vor: Der große und schwere Ehemann stürzt im eigenen Haus die Treppe herunter und wird zukünftig auf den Rollstuhl angewiesen sein. Das kleine Häuschen muss dazu umgebaut werden und die erschöpfte Ehefrau benötigt dringend Unterstützung. Wo findet sie diese? Wer bezahlt welche Umbaumaßnahmen?

Gemeinsam herausgearbeitet wurde, dass es zurzeit keine Hilfe vor der ersten Pflegestufe gibt.

Patienten, die noch nicht richtig pflegebedürftig sind, aber Defizite in der Bewältigung ihres Alltags aufweisen, erhalten keine Unterstützung. Wenn diese Menschen in ihrem Alltag Hilfe erfahren würden, beim Waschen und Einkaufen zum Beispiel, könnten sie länger selbstbestimmt und alleine leben. Das würde sie in ihrem Bestreben alleine zurecht zu kommen bestärken und würde auch die Kosten senken, da die Ambulante Pflege später einsetzen würde.

Warum an diesem sonnigen, eiskalten Nachmittag allerdings nur so wenige ZuhörerInnen den Weg ins Brauhaus zurücklegten, haben wir nicht klären können. Beschäftigen wir uns erst mit unangenehmen Themen wie Tod, Hilflosigkeit und Pflegebedürftigkeit, wenn diese direkt vor uns liegen, wir akut betroffen sind? Oder lag es am Wetter? Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen wird die politische Forderung nach einem trägerunabhängigen Pflegestützpunkt weiter erheben und hält den Pflegestützpunkt im Hinblick auf die demographischen Besonderheiten des Kreises Ostholstein für unbedingt notwendig. ■

Swantje Meinunghaus,  
Vorsitzende der AsF Ostholstein

## Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein  
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin  
Telefon 04521/5957  
kv-ostholstein@spd.de  
www.spd-ostholstein.de

V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter  
Korrektur: Gisela Teuchert-Benker  
Schlussredaktion: Beate Müller-Behrens ■

## Equal-Pay-Day am 21. März Frauen haben mehr verdient

Die SPD setzt sich seit ihrem Bestehen dafür ein, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Die Emanzipation von Frauen ist dabei eine zentrale Aufgabe. Bis heute wurde viel erreicht, anderes entwickelt sich aber leider negativ. Mit unserer Frauenpolitik wollen wir die Situation von Millionen Frauen verbessern und die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen.

### Frauen haben mehr verdient

- ◆ als für ihre Arbeit schlechter bezahlt zu werden als Männer
- ◆ als nur mit Niedriglöhnen abgespeist zu werden
- ◆ als millionenfach in Minijobs gedrängt zu werden
- ◆ als deutlich niedrigere Renten zu beziehen als Männer
- ◆ als in Führungspositionen nur in Spurenelementen vertreten zu sein
- ◆ als durch Sozial- und Steuerrecht vom Arbeitsmarkt ferngehalten zu werden.

Eine zwischen 1936 und 1955 geborene Frau hat über ihren gesamten Lebensverlauf ein um 58 Prozent niedrigeres Einkommen als ein gleichaltriger Mann in dieser Altersgruppe (Erster Gleichstellungsbericht). Die Merkel-Regierung und ihre Ministerinnen nehmen das hin. Sie tun nichts für Frauen. Sie präsentieren

Mogelpackungen, sind zerstritten oder entscheiden gar rückwärtsgewandt.

Wir haben Vorschläge erarbeitet, die wir in einer rot-grünen Bundesregierung durchsetzen wollen:

- ◆ gleichen Lohn für gleiche Arbeit verwirklichen (Entgeltgleichheitsgesetz)

- ◆ den Minijob-Missbrauch eindämmen
- ◆ den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen
- ◆ die Quote für mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten einführen
- ◆ das Ehegattensplitting für künftige Ehen umwandeln
- ◆ das Betreuungsgeld abschaffen. ■

Annette Schlichter-Schenck  
Stellvertretende AsF-Landesvorsitzende



Verdi- und SPD Ortsvereinsmitglieder sowie die stellvertretende AsF-Vorsitzende und der SPD-Kreisvorsitzende Lars Winter (nicht abgebildet) wiesen am Weltfrauentag in Oldenburg auf die Forderungen zum Equal-Pay-Day mit Rosen und Infoblättern hin.

## AG 60 plus Siegfried Reuter ist neuer Kreisvorsitzender

Am 13. März traf sich in Neustadt die AG 60 plus zu ihrer alle zwei Jahre stattfindenden Mitgliederversammlung. Unter den vielen Besuchern war auch der stellvertretende Kreisvorsitzende und Kreistagsfraktionsvorsitzende, Burkhard Klink.

Im ersten Teil der Veranstaltung referierte die Finanzministerin des Landes, Monika Heinold, souverän und analytisch die Eurokrise. Ihr Fazit: „Bei allen immer wieder auftauchenden kritischen Ereignissen, die zur zeitweiligen Krise des Euro führen können, werden diese bestimmt überwunden, da es keine Alternative zur gemeinsamen europäischen Währung gibt.“ Aus diesem Grunde schaue sie sehr zuversichtlich in die Zukunft, denn die Situation in Portugal und Irland habe sich gefestigt und an Lösungen für Griechenland,

Spanien, Zypern und auch Italien muss intensiv gearbeitet werden. „Die Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung der Länder für die nächsten 40 Jahre und damit die Vormachtstellung des asiatischen Raumes neben der USA und vor Europa, ist zwar zu vermuten, aber erst morgen“, sagte die Ministerin.

Im zweiten Teils standen die Wahlen zum neuen Vorstand und die Verabschiedung einiger bisheriger Mitglieder, die nicht wieder antraten. Zum neuen Kreisvorsitzenden wurde einstimmig der bisherige zweite, Siegfried Reuter aus Neustadt, gewählt. Seine gleichberechtigten Stellvertreter wurden Manfred Mohr, Bad Schwartau und Peter Ninnemann, Timendorfer Strand. Als Beisitzer wählte die Versammlung: Klaus Hamer, Hermann

Benker und Hartwig Junge (alle Neustadt), Uwe Tewes, Gundula Dörwald und Linda Krug (alle Eutin), sowie Harry Gintarra, Heiligenhafen, Uwe Jahnke, Scharbeutz und Axel Gieseler, Bad Schwartau. Den ausgeschiedenen Mitgliedern Elfriede Birkhahn und Heinz Schweimer aus Pansdorf, Manfred Reinholdt aus Ratekau und dem bisherigen Vorsitzenden, Alfred Welack aus Eutin, der dieses Jahr den Kontakt zur Presse noch wahrnehmen wird, wurde von Heinz Frohn von der AG 60plus Fehmarn und dem neuen Vorsitzenden Siggie Reuter mit anerkennenden Worten gedankt. Die Übergabe der Amtsgeschäfte erfolgt im Laufe dieses Monats. Das Vorstandsteam wird sich verstärkt an den Aufgaben der Kreis-AG beteiligen, um den neuen Vorsitzenden zu unterstützen. ■